



Ein Dauerbrenner in der Baselbieter Politik: Der Euro-Airport und der Fluglärm. Foto: Euro-Airport

Baselland sendet ein Signal an «hilflosen» Flughafendirektor

Fluglärm am Euro-Airport Auch weil die Südanflüge weiter zunehmen, überweist der Landrat ein Postulat für weniger Fluglärm an die Regierung. Damit bekommen speziell zwei Politiker ihr persönliches (Abschieds-)Geschenk.

Benjamin Wirth

In der Baselbieter Politik ist der Euro-Airport (EAP) ein Dauerthema, immer noch, immer schon gewesen. Allen voran die Entwicklung des Fluglärms beunruhigt Parlamentarier von links bis rechts seit Jahren, insbesondere die Landräte im Birstal, in Allschwil und im Leimental, die vom Lärm am meisten betroffen sind. Exemplarisch dafür stehen die Binningerin Rahel Bänziger (Grüne) und der Bottminger Hanspeter Weibel (SVP).

Zwei Polpolitiker, die das Heu eigentlich nicht auf derselben Bühne haben – im Gegenteil. Aber der Fluglärmdebatte kommt im Landkanton eine spezielle Bedeutung zu, was sich auch daran zeigt, wie oft sich die beiden vollkommen einig waren. So sagte Bänziger einst, dass aus dem zahnlosen Tiger, als den man die Fluglärmkommission bezeichnet habe, sei inzwischen «ein Schmutsekätzchen» geworden.

Gestern, an der letzten Sitzung der Legislatur, gaben die beiden ihren Abschied aus dem Landrat, da sie bei den Wahlen im Februar wegen der Amtszeitbeschränkung nicht mehr antraten. Und wie es der Zufall so wollte, diskutierte der Rat abermals über den EAP. Für Weibel und Bänziger sozusagen ein Abschiedsgeschenk, wie sie sinngemäss betonten.

Zehn definierte Massnahmen

Dabei ging es um eine Petition, die umgehend «wirksame Massnahmen gegen den Fluglärm» fordert. Rund 4500 Menschen haben das Schreiben unterzeichnet, das vom Gemeindeverbund Flugverkehr, bestehend aus den Ge-



Hanspeter Weibel (SVP) und Rahel Bänziger (Grüne) debattierten gestern ein letztes Mal im Landrat. Fotos: Florian Bärtschiger, Nicole Pont

«Das Thema wird die Region weiter beschäftigen. Setzen wir ein Zeichen.»

Hanspeter Weibel
SVP-Landrat

meinden Allschwil, Binningen, Bottmingen, Schönenbuch, Hochwald und Reinach, unterstützt wird. Konkret wird gefordert, dass sich die Kantonsregierung «zum Schutz der Volksgesundheit im Verwaltungsrat des Euro-Airport und beim Bundesamt für Zivilluftfahrt vehement für eine deutliche Fluglärmreduktion auf Kantonsgebiet einsetzt und die Bevölkerung über ihre Bemühungen regelmässig unterrichtet».

Die landrätliche Petitionskommission beantragte dem Parlament allerdings, dieses Schreiben

«nur» zur Kenntnis zu nehmen, da in den vergangenen Jahren bereits mehrere ähnliche Massnahmen abgesegnet wurden. Dies passte einer Mehrheit des Parlaments jedoch nicht – sie forderte, dass die Petition in ein Postulat umgewandelt wird, sodass die Regierung die vorgeschlagenen Massnahmen prüfen und darüber Bericht erstatten muss.

Balz Stückelberger (FDP) merkte kritisch an: «Diese Überweisung ist wirkungslos. Die Zeit, wo es solche symbolischen Zeichen gebraucht hat, ist vorbei: Die Flughafenproblematik ist erkannt.» Bänziger entgegnete: «Es ist eigentlich ein Armutszeugnis, dass sich die Bevölkerung mittels Bittschrift an den Regierungsrat wendet, wir dieses Engagement aber lediglich zur Kenntnis nehmen wollen. Das genügt nicht.» Und Weibel doppelte (ein letztes Mal, zumindest in dieser Runde) nach: «Das Thema wird die Region weiter beschäftigen. Setzen wir ein Zeichen.»

Ein symbolisches Zeichen. Eines für die Region. Aber auch an den Flughafendirektor Matthias Suhr. Dieser gab diese Woche ein bemerkenswertes Interview bei Telebasel, wo er Stellung zur latent herrschenden Kritik am EAP nahm. Zurzeit wird der Flughafen getadelt, da die Südanflüge in den letzten Monaten erneut stark zugenommen haben, ob schon versprochen wurde, sie zu minimieren.

«Die Ratlosigkeit ist äusserst verwunderlich»

Im Telebasel-Interview erklärte Suhr, dass die hohe Zahl der Landungen auf aussergewöhnliche Wetterlagen zurückzuführen sei – eine Erklärung, die beinahe schon Tradition hat und in den letzten Jahren häufig vorgebracht wurde. Dass die Anflüge über das Birstal, das Leimental und Allschwil nicht eingeschränkt werden, stösst vielen sauer auf. So sagte Weibel, dass der Flughafendirektor «hilflos» gewirkt habe. Und Roger Boerlin (SP) meinte: «Die Ratlosigkeit des EAP-Direktors ist äusserst verwunderlich.»

Schliesslich überwies das Parlament das umgewandelte Postulat mit 56 Ja- zu 25 Nein-Stimmen bei zwei Enthaltungen an den Regierungsrat und lieferte den Abtretenden, Weibel und Bänziger, das gewünschte Abschiedsgeschenk.

Wobei die Grünen-Politikerin betonte, ihren «grössten Kampf» gegen den Fluglärm im März dieses Jahres gewonnen zu haben. Damals boxte sie mit ihren linken Parlamentskollegen das Anliegen durch den Landrat, dass das Parlament das Nachtflugverbot von 23 bis 6 Uhr in der Eigentümerstrategie des EAP festlegte.

«Panzersperren» werden aus Salina Raurica entfernt

Hickhack um Strasse Das Prattler Gewerbe kann aufatmen: Die gesperrte Rheinstrasse wird provisorisch wieder geöffnet.

Die Betonblöcke, die die Rheinstrasse in Pratteln zurzeit sperren, erhitzen seit Wochen die Gemüter. In jüngster Vergangenheit wurde das neue Verkehrsregime insbesondere von KMU-Vertretern stark kritisiert. Die Umfahrung dauert zwar nur ein paar Minuten. Für das Gewerbe bedeuten sie aber die Welt. So machte unter anderem die BaZ im März publik, dass Unternehmen aufgrund fehlender Anschlüsse leiden, Chauffeure müssten weite Umwege fahren und Kunden würden die Geschäfte nicht mehr finden, hiess es.

Jetzt darf das Gewerbe im Gebiet Salina Raurica allerdings aufatmen. Der Landrat kommt zum Schluss, die Strasse provisorisch wieder zu öffnen, nachdem die Bau- und Planungskommission (BPK) letzte Woche einen entsprechenden Vorschlag unterbreitete. Die BPK möchte die Rheinstrasse vorzeitig wieder öffnen – auf beiden Seiten zwar, jedoch nur bis

ligend von «Panzersperren». Die Gemeinde und der Kanton möchten die Strasse nämlich grösstenteils zu einer reinen Velo- und Fussverkehrsachse umgestalten, am Rhein ist zusätzlich ein neues Wohnquartier geplant.

Gemeinde zahlt Geld zurück

Gegen die vorzeitige Öffnung der Rheinstrasse stellten sich insbesondere die Sozialdemokraten. Jan Kirchmayr (SP) bilanzierte: «Die Entwicklung in Salina Raurica ist verkorkst.» Er fragte sich, «ob das alles» noch Sinn mache. «Die Lückenerschliessung ist kommunale Sache. Es ist ein Sündenfall, wenn der Kanton vorgeht.» Kirchmayr sprach die einmalige Ausgabe von rund einer Million Franken an, die die BPK dem Parlament ebenfalls zu genehmigen beantragte. Das Geld ist nötig, um den Lückenschluss bei der Lohagstrasse, einer (eigentlich) kommunalen Strasse, bis Ende Dezember zu realisieren.

Stephan Burgunder (FDP) betonte bereits, dass die Gemeinde dem Kanton das Geld zurückzahle. Er machte zudem geltend, dass der Landrat mit diesem Beschluss die Gemeinde nicht umgehe. Im Gegenteil. «Wir erfüllen den Auftrag, den der Prattler Einwohnerrat gestellt hat. Nämlich: die Feinerschliessung des kommunalen Strassennetzes.» Für die Freisinnige Christine Frey ist der Entscheid ein Erfolg. Im Mai boxte sie einen Vorstoss durchs Parlament, der genau das verlangt, was der Rat nun absegnete. Auf Anfrage der BaZ sagte sie: «Der Kanton hat in der Planung unnötig und überstürzt Fehler gemacht, die nun korrigiert werden. Unser Aufwand für das Gewerbe hat sich gelohnt.»

Benjamin Wirth



Landrat
Berichterstattung aus dem
Baselbieter Parlament

zur Inbetriebnahme der Feinerschliessung. Im Zuge dessen würde die Rauricastrasse vorläufig gesperrt. Heisst: Sobald die Verlängerung der Lohagstrasse und die Bauarbeiten bei der Netzbodenstrasse abgeschlossen sind, soll die Rheinstrasse dann abermals schliessen. Die Kommission hofft, die Bauarbeiten noch in diesem Jahr zu beenden.

Zur Erklärung: Seit Dezember wird der Durchgangsverkehr über die neu gebaute Rauricastrasse entlang der Autobahn umgeleitet. Die Rheinstrasse wurde mit Betonblöcken abgeriegelt – im Volksmund spricht man missbil-

Landrat genehmigt Baselbieter Jahresrechnung 2022

Baselland Der Landrat hat gestern einstimmig die Jahresrechnung 2022 genehmigt. Die Erfolgsrechnung 2022 weist einen Überschuss von 290 Millionen Franken aus. Davon werden als «ausserordentlicher Aufwand» 195 Millionen zum Abbau des Bilanzfehlbetrags der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) verbucht, so dass im Gesamtergebnis ein Plus von 95 Millionen Franken verbleibt.

Ursprünglich hatte der Kanton eine schwarze Null von 0,9 Millionen Franken budgetiert. Die «erfreuliche Entwicklung» der Steuererträge und die tieferen Kosten hätten dieses Ergebnis ermöglicht, hält die Regierung im Jahresbericht fest. So liege der Fiskalertrag 152 Millionen Franken über dem budgetierten Betrag. Auch die Gewinnausschüttung der Nationalbank sei um 67 Millionen Franken höher ausgefallen als budgetiert.

«Komfortables Polster»

Auf der Aufwandseite haben Rückstellungswerte das Rechnungsergebnis um 24 Millionen Franken belastet. Hinzu kommen die Rückbaukosten des alten Biozentrums der Uni Basel, welche die Rechnung um weitere 7 Millionen Franken verschlechtern,

wie es weiter im Jahresbericht heisst. Bei vier Aufwandpositionen sind die Kosten tiefer ausgefallen als der Budgetwert, so etwa bei der Abgeltung für die Spitäler, den Prämienverbilligungen und beim öffentlichen Verkehr.

Der Ertragsüberschuss führte zu einem höheren Eigenkapital. Dieser beträgt ohne den BLPK-Bilanzfehlbetrag 754 Millionen Franken – gemäss Regierung ein «komfortables Polster». Die Nettoverschuldung des Kantons konnte um 238 Millionen Franken gesenkt werden. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 263 Prozent. Die Jahresrechnung wurde mit 85 zu 0 Stimmen abgesegnet. (sda)

ANZEIGE

ZAHNBEHANDLUNG ?
UNSICHER ?

NEUTRALE BERATUNG
ZWEITMEINUNG

Nicolas Gabutti, Zahnarzt und
Oralchirurg SSO
Theo Büttel, Zahntechniker-Meister

Schneidergasse 27, 4051 Basel
T: +41 61 641 41 30